

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IM AALENER STADTRAT

Pressemitteilung vom 18.09.2017

Die sich in der Klausurtagung des Gemeinderats abzeichnende Tendenz zu einem Kombibad im Hirschbach ist für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen noch kein Durchbruch zu einem zukunftsweisenden Bäderkonzept. Zwar ist die Standortentscheidung richtig, es zeichnet sich aber neues Ungemach dahingehend ab, dass nun sehr ernsthaft unter dem Label „Detailfragen“ eine Reduzierung des Außenbeckens von 50 Meter Länge auf 25 Meter diskutiert wird. Mit einer solchen Schrumpfung des Freibads auf die Größenordnung des „Rombachbädle“ kann für die Grünen kein attraktives Kombibad entstehen, was sich auch bei den Einnahmen auswirken wird. Damit würde man am Schluss bei dem entscheidenden Punkt doch noch zu kurz springen. Man würde trotzdem viel Geld ausgeben, aber in der Hoffnung auf eine im Verhältnis dazu sehr überschaubare Einsparung eine deutliche Reduzierung der in Aalen für die Allgemeinheit, die Vereine und die Schulen zur Verfügung stehenden Wasserflächen in Kauf nehmen. Zudem verlöre Aalen damit ein wettkampffähiges Bad. Das ist keine Empfehlung für die „Sportstadt Aalen.“ Den Weg, in der Halle nur ein 25-Meter-Becken zu bauen, gehen die Grünen aus finanziellen Gründen mit. Dann ist für sie aber der Erhalt des 50-Meter-Beckens außen zwingend. Das auf Grund der Kombilösung in der Übergangszeit zukünftig wesentlich länger nutzbare Freibecken wird in einem „Bädle-Format“ dem Freibadbetrieb der Kernstadt vor allem in den Sommermonaten in keinsten Weise gerecht. Die Grünen wollen deshalb für ein Kombibad mit 50-Meter-Becken kämpfen. Sie fordern auch, die Diskussion über die Konzeption und vor allem die Größe der Becken durchweg öffentlich zu führen. Die Stadtratsfraktion übt massive Kritik daran, dass der Gutachter seine weiteren Erkenntnisse ohne jeden sachlichen Grund nur nichtöffentlich vortragen durfte und

der Gemeinderat unter Ausschluss der Öffentlichkeit diskutiert hat. Damit haben die Bürgerinnen und Bürger keine Möglichkeit, den Entscheidungsprozess in dieser wichtigen Frage unmittelbar und in Gänze nachvollziehen zu können. Dem OB eröffnet diese Verfahrensweise aber die Möglichkeit, die Kommunikation des Ergebnisses via Pressemitteilung besser in die gewünschte Richtung steuern zu können.